

Liegt der Kosovo auch im Kaukasus?

Südossetien stimmte für die Unabhängigkeit, die niemand anerkennen will

Anfang November stimmten 99 Prozent der Südosseten für die Unabhängigkeit von Georgien und bestätigten ihren bisherigen Präsidenten mit 95 Prozent der Stimmen im Amt. Unterstützung erhielten die Separatisten einzig von Russland, das bereits harte Wirtschaftssanktionen gegen Georgien ergriffen hat und nun eine Pipeline in das abtrünnige Südossetien baut.

Christian Weisflog

Eigentlich haben die Einwohner Südossetiens (heute rund 40 000) ihre Antwort auf die Unabhängigkeitsfrage bereits kurz nach dem Ende der Sowjetunion gegeben: 1992 sprachen sich 98 Prozent für die Eigenständigkeit aus. Im selben Jahr unterzeichneten Russland und Georgien ein Waffenstillstandsabkommen. Mit Moskaus Hilfe hatten ossetische Partisanen gegen die georgische Armee zuvor die faktische Unabhängigkeit ihrer Provinz erkämpft. Seither wachen 1 500 Friedenssoldaten aus Russland, Georgien und Südossetien über den Waffenstillstand.

Es ist eine Unabhängigkeit, die bisher kein Land der Welt anerkennen will. Und daran ändern auch das jetzige Referendum und die Präsidentschaftswahlen nichts. Das Ganze schien vielmehr eine konzertierte Aktion unter moralischem Beistand Moskaus zu sein: Erst Mitte September fand in der abtrünnigen moldawischen Republik Transnistrien ein ähnliches Referendum statt. Eventuell wird auch Abchasien noch nachziehen – die zweite abtrünnige georgische Provinz an der Grenze zu Russland. Der belgische Außenminister und Vorsitzende der OSZE, Karel de Gucht, meinte jedoch bereits im September, dass unilaterale Referenden, welche die territoriale Integrität eines Staates in Frage stellen, nicht akzeptiert werden.

Russland betont hingegen das Recht auf Selbstbestimmung. Nicht ohne Zynismus führt Präsident Putin in diesem Zusammenhang gerne das angenommene Verfassungsreferendum 2003 in Tschetschenien an, das laut russischen Menschenrechtsorganisationen alles andere als demokratisch verlief. Plausibler erscheint der Vergleich mit Kosovo, ebenfalls eine Teilrepublik eines ehemaligen kommunistischen Staates mit einer ethnischen Minderheit als Titularnation. Wenn der Balkanrepublik die Unabhängigkeit zugestanden würde, könnte man



Zwei Rentner genießen die Herbstsonne im georgischen Kazbegi, unweit der ossetischen und russischen Grenze.

sie wohl auch Südossetien nicht mehr verweigern. Allerdings bedürfte es dann konsequenterweise auch in Südossetien eines breiten UNO-Mandates wie im Kosovo. Russland würde dem jedoch kaum zustimmen. Georgien fordert seit langem den Abzug der russischen Friedenstruppen aus Südossetien und den Einsatz eines internationalen Kontingents. Tiflis wirft den russischen Truppen vor, einseitig die Separatisten zu unterstützen und Schmuggel zu betreiben.

Wie 2003 in Tschetschenien stand auch in Südossetien das Resultat bereits lange vorher fest. Ein Wahlkampf fand

Mannschaft. Auch wenn die Mehrheit der Südosseten wohl für die Unabhängigkeit ist, der Präsident, ein ehemaliger georgischer Meister im Freistilringen, scheint umstrittener, als es das Wahlergebnis vermuten lässt. Kritische Stimmen werfen Kokojty vor das Referendum einzig der eigenen Popularität wegen, organisiert zu haben.

Kokojtys erklärtes Ziel ist die Integration Südossetiens in die Russische Föderation. Ob die Südosseten ebenfalls so geschlossen für eine Anbindung an Russland stimmen würden wie für die Unabhängigkeit, ist eine andere Frage.

Und trotz des eindeutigen Wahlergebnisses erhielt Kokojty Konkurrenz von unerwarteter Seite. Zum ersten Mal fanden in den von georgischen Streitkräften kontrollierten Dörfern in Südossetien Alternativwahlen statt. Der Sieger ist

ter Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Moskau und Tiflis. Nachdem Georgien im September vier russische Offiziere wegen Spionageverdachts verhaftet hatte, verhängte Russland umfangreiche Wirtschaftssanktionen. In Russland selbst begann eine regelrechte Hetzjagd auf georgische Immigranten. Gasprom kündigte kürzlich an, die Gaspreise für Georgien bis 2007 verdoppeln zu wollen. Gleichzeitig hat Russland eigenmächtig begonnen, eine Gaspipeline nach Südossetien zu legen. Seit längerem bereits erteilt Moskau den Südossetien die russische Staatsbürgerschaft. Und das Argument, man müsse doch die eigenen Bürger beschützen, taucht immer öfter in der Diskussion auf, wenn die russische Seite ihr Engagement für Südossetien zu rechtfertigen hat.

Kurz nach dem Referendum erklärte das russische Außenministerium: „Ob es einem gefällt oder nicht, das südossetische Volk hat hier im Rahmen eines demokratischen Prozesses seinen freien Willen geäußert.“ Das georgische Außenministerium kontierte mit einer eigenen Erklärung: „Die Autoren des Kommentars (das russische Außenministerium) scheinen total blind zu sein im Hinblick auf die aktuelle Lage vor Ort und die Stimmung in der lokalen Bevölkerung, die genug von Krieg und Konfrontation hat, die in Frieden leben will und Verhandlungen befürwortet, welche die russische Seite als unparteiischer Vermittler bei aller Logik vorantreiben sollte.“

Die Bedingungen für Verhandlungen mit Tiflis formulierten der südossetische und der abchasische Präsident bei einem Treffen in Moskau Mitte November: „Wir schlagen die Unterzeichnung eines Memorandums vor, in dem sich die Parteien verpflichten, auf Ergreifung oder Androhung kriegerischer Handlungen zu verzichten. Dann sind wir jederzeit bereit, uns zu Gesprächen zu treffen“, so Kokojty. Der südossetische Präsident, seine Kollegen aus Abchasien sowie Transnistrien trafen sich laut der „Nesawissimaja Gaseta“ in Moskau zu Gesprächen mit Außenminister Sergej Lawrow und Finanzminister Alexej Kudrin. „Wir lieben Moskau, glauben Sie mir. Für uns ist Moskau die Hauptstadt geblieben, wie sie es auch zu Sowjetzeiten war“, erklärte der abchasische Präsident Sergej Bagapsch gegenüber den Medien.

Auf ins parlamentarische Abenteuer

Kirgislands Präsident muss Macht abgeben, vorerst aber vor allem auf dem Papier

Kurz bevor der Konflikt zwischen Präsidenten-Gegnern und Präsidenten-Befürwortern in offene Gewalt zu eskalieren drohte, schlossen die zerstrittenen Parteien zu nächstlicher Stunde in der Verfassungsfrage einen Kompromiss, mit dem alle Seiten ihr Gesicht wahren können. Doch ob das Parlament wirklich mehr Macht erhält und sich die politische Lage langfristig stabilisiert, muss sich erst weisen.

Die Opposition feierte die neue Verfassung als Sieg der Demokratie und kündigte den Einzug des Parlamentarismus in Kirgisien an. „Es gibt keine Verlierer“, resümierte hingegen Kirgislands Präsident Kurmanbek Bakijew nach der Verabschiedung des neuen Grundgesetzes. Tatsächlich scheint dieses die Macht des Präsidenten lediglich hypothetisch einzuschränken: Nur wenn eine Partei mehr als die Hälfte der Sitze im Parlament gewinnt, darf sie die Regierung bilden. Ansonsten obliegt dieses Recht weiterhin dem Präsidenten.

Solche potenziellen Mehrheitsparteien gibt es in Kirgisien jedoch nicht: Parteien spielen in der zentralasiatischen

Gebirgsrepublik kaum eine Rolle, die politische Landschaft ist angesichts der starken Personalisierung und der Dominanz der Klanstrukturen zersplittert. Diese Tendenz wurde durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts bei den vergangenen Parlamentswahlen noch verstärkt. Allerdings: Gemäß der neuen Verfassung sollen nun in Zukunft die Hälfte der Sitze nach dem Verhältnis der Parteienstimmen vergeben werden. Die Sitzzahl wiederum wird sich nach den nächsten Wahlen des Jahres 2010 von bisher 70 auf 90 erhöhen.

Die Opposition musste ebenfalls Zugeständnisse machen: Eine Amtsenthaltung des Präsidenten wird erst mit einer

Dreiviertelmehrheit im Parlament möglich sein, statt wie gefordert mit einer Zweidrittelmehrheit. Der Präsident muss zudem der Regierungszusammensetzung zustimmen und kann unter anderem eigenmächtig die Vorsitzenden der zentralen Wahlkommission und der Nationalbank sowie den Generalstaatsanwalt ernennen. Die Kontrolle des Geheimdienstes wird hingegen nicht mehr dem Präsidenten, sondern dem Parlament obliegen.

Der Kompromiss kam in nächtlichen Parlamentsitzungen zustande, nachdem in der Hauptstadt Bischkek bereits während Tage mehrere Tausend Anhänger der Opposition demonstriert hatten. Grund für die Proteste war ein Rückzieher des Präsidenten: Nachdem Bakijew sich mit der Opposition bereits auf einen Verfassungskompromiss geeinigt hatte, legte er ihn nicht wie versprochen dem Parlament

vor. Als der Präsident auch nach mehreren Protesttagen nicht einlenkte, berief die Opposition eine außerordentliche Parlamentsitzung ein, um ihre Verfassungsversion zu verabschieden. Weil aber nur 38 statt wie erforderlich 51 Abgeordnete erschienen, war das Parlament nicht

beschlussfähig. Daraufhin erklärten sich die 38 Abgeordneten zur Verfassungsversammlung und verlasen am nächsten Morgen vor ihren Anhängern den neuen Text des Grundgesetzes. Der Präsident versuchte Gegendemonstrationen zu organisieren, doch es kamen nur ein paar Hundert. Als es aber trotzdem zu Zusammenstößen zwischen Präsidenten-Gegnern und Präsidenten-Befürwortern kam und sich auch die Sicherheitskräfte in zwei Lager spalteten, lenkte Kurmanbek Bakijew ein.

Insofern hat die politische Elite in Kirgisien Reife gezeigt. Und die er-

Die Elite hat Reife gezeigt. Und die Einschränkungen des Präsidenten suchen in Zentralasien ihresgleichen.

reichten Machteinschränkungen des Präsidenten suchen in Zentralasien ihresgleichen. Ob nun mehr Ruhe einkehren wird als nach der Tulpenrevolution 2005, wird sich zeigen müssen. Unter der Führung von Bakijew jagte die Opposition damals den alten Präsidenten Askar Akajew und seine Familie aus dem Amt. Ihm wurde Korruption und Wahlbetrug vorgeworfen. Nach seiner Wahl zum Präsidenten erfüllte Bakijew die Hoffnungen seiner Anhänger jedoch nicht.

Viele Oppositionelle wandten sich ab oder wurden von Bakijew aus ihrem Amt geworfen. Neben der ausstehenden Verfassungsreform warfen sie Bakijew vor allem auch einen zu wenig entschlossenen Kampf gegen die Korruption vor. Insbesondere die Untersuchungen gegen die Familie von Ex-Präsident Akajew haben bisher praktisch keine Resultate gezeigt. Diese Auseinandersetzung könnte in Zukunft erneut zu Unruhen führen. **cw**